

INTERGLOBAL

SCHWEIZ

Blöken mit Blocher

Christopher Ziedler

Die SVP hat bei den Wahlen am kommenden Sonntag beste Aussichten auf ein sehr gutes Ergebnis. Bereits jetzt hat sie es geschafft, mit ihrer rechtspopulistischen Stimmungsmache die gesellschaftliche Dynamik maßgeblich zu beeinflussen.

Das Freitagsgebet ist zu Ende. Dutzende von Männern strömen hinaus auf den Parkplatz. Der Schnellzug nach Zürich rauscht direkt durch das Industriegebiet der 17.000-Einwohner-Stadt Wil, und einige der Gläubigen halten sich die Ohren zu. Schnell führt Alimi Bekim, der Imam der Islamischen Gemeinschaft, den Besucher in den mit türkisgrünem Teppich ausgelegten Gebetsraum. „Es ist immer eng hier“, sagt der 32-Jährige, „wir brauchen dringend mehr Platz.“ Mit den Neubauplänen für eine repräsentative Moschee samt Minarett hat seine Gemeinde freilich etwas losgetreten, was längst die Grenzen des Städtchens im Kanton St. Gallen gesprengt und den ohnehin hitzigen Schweizer Wahlkampf noch angeheizt hat.

Wie das kam, ist schnell erzählt: Nach Bekanntgabe der Moscheepläne im August vergangenen Jahres machte die Jugendorganisation der Schweizer Volkspartei (SVP) erst vor Ort gegen das Projekt mobil, um anschließend die Mühlen der eidgenössischen direkten Demokratie in Gang zu setzen. Mit einer Volksinitiative, für deren Annahme bis Mitte nächsten Jahres 100.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, wollen die jungen

Rechtspopulisten erreichen, dass die Schweizer über folgenden Satz abstimmen: „Der Bau von Minaretten ist verboten.“

„Die Hälfte der erforderlichen Unterschriften haben wir schon beisammen“, verkündet Lukas Reimann stolz. Der 25-jährige Sunnyboy versinkt im schwarzen Sessel einer trendigen Lounge am Bahnhof von Wil, wo er von seinem Kreuzzug gegen die von ihm vermutete „Islamisierung“ der Schweiz berichtet. Da sei ein Minarett in seiner Heimatstadt nur das „Tüpfelchen auf dem i“, weil es für die Muslime ein „Zeichen des Sieges“ darstelle und deren „Machtanspruch“ verkörpere. Den sieht der rechte Jurastudent schon durch andere Beispiele zuvor belegt. Hatte es nicht die Forderung gegeben, die Schulweihnachtsfeier zu streichen? Und wollten nicht Basler Muslime ihren Friedhof von ungläubiger Erde gesäubert wissen? Er geißelt Zwangsehen und die Benachteiligung der Frauen. Was auch anerkannte Islamkritiker umtreibt, gerät bei Reimann allerdings zur bloßen Angstkampagne: Nur das Nein zu Minaretten und die Wahl seiner Volkspartei könnten das gegnerische Ansinnen durchkreuzen, „einem an der Scharia orientierten Rechtssystem auch in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen“.

Solche Befürchtungen treiben offenbar immer mehr Eidgenossen um. In aktuellen Umfragen kann die SVP, schon bisher stärkste Partei, nochmals leicht zulegen. Knapp unter 30 Prozent werden ihr prognostiziert, wenn am Sonntag abgerechnet wird. „Bei

differenziert denkenden Menschen verfangen solche Parolen nicht“, glaubt Hisham Maizar, der Chef des muslimischen Dachverbands in der Ostschweiz, doch kennt auch er „viele einfache Leute, die denken: Heute ein Minarett, morgen ruft der Muezzin und übermorgen werden Dieben im Namen der Scharia die Hände abgehackt“.

Was auch anerkannte Islamkritiker umtreibt, gerät bei der SVP zur bloßen Angstkampagne: Nur das Nein zu Minaretten und die Wahl ihrer Volkspartei könnten das Ansinnen durchkreuzen, einem an der Scharia orientierten Rechtssystem in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen.

Dem jungen Reimann macht der muslimische Funktionär nur indirekt einen Vorwurf: „Der ist eben darauf gedrillt zu wiederholen, was ihm die Parteioberen eintrichtern“, sagt Maizar in breitem Schwyzerdütsch. Ein politisches Unschuldslamm ist Reimann, der schon seit vier Jahren im Kantonsrat St. Gallen sitzt, freilich nicht. Mit dem Stolz eines rebellischen Tabubrechers erzählt er, wie seine Wahlplakate regelmäßig heruntergerissen und

von einem 40-köpfigen Klebekommando wieder aufgehängt werden.

Ziel der Bilderstürmer ist nicht vorrangig Reimanns Konterfei. Es geht ihnen vor allem um das SVP-Plakat mit den drei auf einer Schweizer Fahne grasenden weißen Schafen, von denen eines das vierte im Bunde mit einem kräftigen Tritt aus der Eidgenossenschaft hinausbefördert. Dass es sich bei letzterem um ein schwarzes Schaf handelt, ist Sinnbild der restriktiven Migrationspolitik der SVP. Ihre so genannte Ausschaffungs-Initiative sieht vor, dass straffällig gewordene MigrantInnen abgeschoben werden - und bei Tätern unter 18 Jahren die Familie gleich mit.

Reaktionen auf die Kampagne rund um das schwarze Schaf, die sich die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in Hessen bereits zu eigen gemacht hat, ließen nicht lang auf sich warten. Die verschiedensten Einwanderergruppen meldeten sich ebenso zu Wort wie die in Genf beheimateten Vereinten Nationen. Doudou Diène, der UN-Berichterstatter über Rassismus, warnte, dass eine „rassistische und fremdenfeindliche Dynamik“ zum normalen Bestandteil des politischen Systems der Schweiz geworden sei. Die Reaktion des einflussreichen SVP-Abgeordneten Ulrich Schlüer auf Diènes Kritik ließ ebenso wenig Interpretationsspielraum: „Er ist aus Senegal, wo sie eine Menge eigener Probleme haben, die gelöst werden sollten. Ich weiß nicht, warum er hierher kommt.“

Der grüne Generalsekretär Hubert Zurkinden spricht angesichts der ge-